



Bilanz 2021 - 2026

**Die fünfte Wahlperiode der
Regionsversammlung Hannover und
unsere Fraktion mittendrin:**

Kaußen und Wolf ziehen Bilanz

Inhalt

Die fünfte Wahlperiode der Regionsversammlung Hannover und unsere Fraktion mittendrin:

Kaußen und Wolf ziehen Bilanz03

November 2021

Eine neue Regionsversammlung tritt zusammen, ein neuer
Regionspräsident nimmt die Arbeit auf04

Der vergessene Beginn der V. Wahlperiode:

Corona, Impfchaos und immer wieder der Nahverkehr07

Von hochherrschaftlich bis desinteressiert:

Krach und Palandt richten sich in ihren Jobs ein09

Zentrale Themen linker Kommunalpolitik:

Schule, Wohnen, Umwelt11

Die dicken Bretter:

Wenn es für Hunderttausende um Millionen
oder Milliarden geht16

Kein Geld da?

Angst vor dem Finanzkollaps und Meinungsmacht21

Ohne Frieden ist alles nichts - oder:

allein auf weiter Flur in der Regionsversammlung24

Wer Aufrüstung unterstützt, schwächt die Kommunen

.....26

Jessica Kaußen

Fraktionsvorsitzende (parteilos)30

Dr. Ulrich Wolf

stellvertretender Fraktionsvorsitzender31



Die fünfte Wahlperiode der Regionsversammlung Hannover und unsere Fraktion mittendrin:

Kaußen und Wolf ziehen Bilanz

Mit dem Ablauf der fünften Wahlperiode im Oktober 2026 verabschiedeten sich Jessica Kaußen und Ulrich Wolf als Abgeordnete der Regionsversammlung. Beide treten anlässlich der kommenden Kommunalwahl nicht mehr an. Die Wahlperiode war wechselvoll. Als Abgeordnete der Linken gestartet, verließen beide 2024 die Partei „Die Linke“ und unterstützten sodann das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW). Der Grund dafür war vor allem das Versagen der Linkspartei in der Friedenspolitik nach dem Beginn des Ukrainekriegs. Das Ende ist bekannt: Das BSW konnte die an sie gestellten Anforderungen nur zum Teil erfüllen. Kaußen und Wolf zogen daraus unterschiedliche Konsequenzen, blieben aber als Fraktion politisch gemeinsam aktiv. Ein guter Grund zum Ende der Wahlperiode eine Bilanz der gemeinsamen Arbeit zu ziehen und mit dem hier vorliegenden Überblick über die Arbeitsschwerpunkte der Fraktion aufzuzeigen, welche linken Inhalte Kommunalpolitik auch nach dem Ende dieser Wahlperiode benötigt.



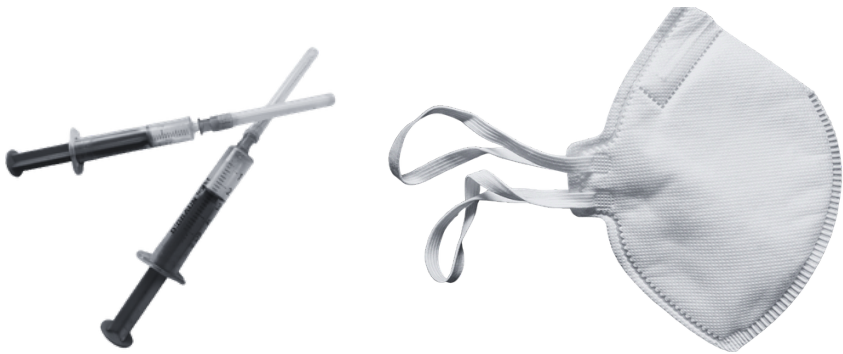
November 2021

Eine neue Regionsversammlung tritt zusammen, ein neuer Regionspräsident nimmt die Arbeit auf

Die Kommunalwahl 2021 stellte die Partei „Die Linke“ vor etliche Herausforderungen. Sie war durch dauerhafte Flügelstreitigkeiten uneins und wurde nicht als politische Alternative wahrgenommen. Zur Bundestagswahl konnte nur durch drei Direktmandate verhindert werden, dass die Partei aus dem Parlament flog. In der nahezu gleichzeitig stattfindenden Kommunalwahl konnten die Spitzenkandidaten Jessica Kaussen und Ulrich Wolf immerhin das Ergebnis der Bundespartei in der Region Hannover verteidigen. So zog eine Fraktion aus drei Abgeordneten in die Regionsversammlung ein, von denen nur Jessica Kaußen Mandatserfahrung hatte. In der Region hatten die SPD und die Grünen die Wahlen mit zahlreichen Wahlversprechen gewonnen. Die kommunale Agendapolitik verschob zwar alle wahlpolitischen Versprechen auf das Jahr 2035, aber immerhin gab es eine Zielsetzung, die offenbar bei den Wählern ankam und neben der Verkehrswende und der Halbierung des motorisierten Individualverkehrs auch den Erhalt des öffentlichen Klinikum Region Hannover (KRH) sowie den Bau neuer Wohnungen vorsah.

Mit der Regionsversammlung wurde auch ein neuer Regionspräsident gewählt. Steffen Krach kam aus der Bundespolitik nach Hannover. Selber in der Region aufgewachsen, wurde er im Wahlkampf 2021 als Hoffnungsträger der SPD aufgebaut. Nicht wenigen galt es als möglicher Nachfolger Stephan Weils in der niedersächsischen Landespolitik, also als Politiker mit Ambitionen für höhere Ämter. Das Ergebnis ist bekannt: In der laufenden Wahlperiode hat sich Krach wieder nach Berlin begeben, um dort Anschluss an die „große Politik“ zu finden. Die Mühen der kommunalpolitischen Ebene waren nichts für ihn. Krach war kein Regionspräsident zum Anfassen. Er machte stets den Eindruck, sich nur um seine eigenen politischen Interessen zu kümmern. In der Regionsversammlung suchte er stets nur den Kontakt zu denen, die seinen politischen Interessen dienten. Kritische Ansätze wurden ignoriert, falsche Entscheidungen seines Vorgängers Jagau nicht korrigiert. Gemeinsame Treffen mit allen Fraktionsvorsitzenden der in der Versammlung vertretenen Parteien gab es unter Krach nicht. Seine Wahlversprechen, wie etwa den Erhalt aller Standorte der Klinikum Region Hannover oder die Schaffung von notwendigem Wohnraum, hielt er nicht ein. Den Grünen überließ er die komplette Verantwortung im Umweltbereich und bremste auch die übereilten Pläne des Umweltdezernenten zum Windenergieausbau nicht. Das Problem wirtschaftlich und organisatorisch überforderter Anbieter im S-Bahn-Regionalverkehr überließ er seinem Verkehrsdezernenten, der im Schlafwagenmodus verhinderte, dass die Mangelleistungen der Betreiber spürbar behoben werden konnten. Der maroden finanziellen Situation der Region Hannover wurde allein mit Sparplänen begegnet. Krach gehörte gerade nicht zu den Kommunalpolitikern, die sich mit der Landes- und Bundespolitik angelegt haben, um für ihre Kommunen bessere wirtschaftliche Bedingungen zu verhandeln. Er wirkte wie zwischengeparkt in Hannovers Regionspolitik. Ein Beispiel, wie sowohl die SPD als auch die Grünen die hannoversche Kommunalpolitik als Teil ihres Personalkarussells begreifen, zeigte auch der Fall Anne Spiegel auf. Sie hat es von der Pannenministerin der Ahrtal-Katastrophe problemlos in eine gutbezahlte Dezernentinnenstelle in der Region Hannover geschafft. Auch hier hatte Krach seine Hand im Spiel und seine eigenen Interessen im Kopf. Es bleibt daher fraglich, ob er vor Ort wirklich vermisst werden wird.

Krach hatte dennoch zu Beginn seiner Amtszeit die Möglichkeit, Fehler der letzten Wahlperiode zu korrigieren. Denn sein Amtsvorgänger Hauke Jagau hatte am Ende der vierten Wahlperiode noch eine Änderung in die Wege geleitet, die die demokratischen Kräfteverhältnisse in der Regionsversammlung für die fünfte Wahlperiode maßgeblich zu Gunsten der Fraktionen der bürgerlichen Parteien verändern sollte. Mittels einer so genannten Personalkostenrichtlinie (PKR) sollten den kleineren Fraktionen in der Regionsversammlung die Mittel für das hauptamtliche Personal erheblich gekürzt werden. Dies hätte eine immense Beeinträchtigung der Arbeit dieser Fraktionen bedeutet. Unser Widerstand dagegen fand in der Regionsversammlung jedoch kein Gehör. Nachdem unser Antrag auf eine gerechte PKR auch in der Regionsversammlung unter dem Vorsitz von Steffen Krach abgelehnt worden war, zog unsere Fraktion mit diesem Anliegen vor das Verwaltungsgericht Hannover. Kurz vor der Verhandlung unserer Anträge wurde der Regionsverwaltung offensichtlich klar, dass sie den gerichtlichen Streit verlieren würde und sie setzte eine gerechtere PKR gemeinsam mit allen anderen Fraktionen um. Ein zweiter Versuch die PKR zu Gunsten größerer Fraktion zu verändern, wurde in dieser Wahlperiode nochmals unternommen. Unseren Widerstand haben wir diesmal nicht nur in die Regionsversammlung getragen, sondern auch die Prüfung der Änderung bei der Kommunalaufsicht veranlasst. Mit einem interessanten Ergebnis: die Änderung kam zwar in der Versammlung und bei der Kommunalaufsicht durch. Es wurden jedoch in der Wahlperiode keine Einstellungen nach der geänderten PKR vorgenommen. Diese Beispiele zeigen: eine funktionierende Opposition muss sich nicht nur den kommunalpolitischen Hemdsärmlichkeiten der sozialen Kürzungsparteien entgegenstellen, sondern auch den Versuch unterbinden, demokratische Rechte kleinerer politischer Akteure auszuhöhlen.

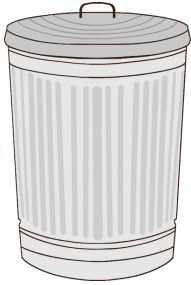


Der vergessene Beginn der V. Wahlperiode:

Corona, Impfchaos und immer wieder der Nahverkehr

Corona prägte auch die ersten Monate der fünften Wahlperiode, denn im Jahr 2021 spielten die Nachwirkungen der Corona-Pandemie für die Einwohner der Region noch eine große Rolle. Impfkapazitäten wurden bereitgestellt und dennoch gelang es der Regionsverwaltung nicht, ein geordnetes Verfahren für die Durchführung aller Pandemiemaßnahmen sicherzustellen. Für viele Menschen war der Gang zur Impfung mit großen Wartezeiten und überflüssigen Anfahrtswegen verbunden. Es kam zu Impfpannen, deren Aufarbeitung versprochen wurde, was dann aber schnell in Vergessenheit geriet. In der Tat spielt diese Zeit im kollektiven Gedächtnis der Menschen in der Region aktuell keine große Rolle mehr, obwohl auch in Hannover viele Menschen an den gesundheitlichen Langzeitfolgen leiden und nicht wenige Gewerbetreibende sich mit Rückzahlungsforderungen der Coronahilfen herumplagen müssen. Es bleibt zu hoffen, dass in der nächsten Wahlperiode auf kommunaler Ebene eine Aufarbeitung der Folgen der Coronapolitik stattfindet, denn auch in Zukunft können gesundheitspolitische Prekärlagen nicht ausgeschlossen werden.

Die Mühen des Nahverkehrs in der Region Hannover reduzieren sich nicht allein auf unzuverlässige S-Bahnverbindungen. Die Potentiale günstigerer Ticketpreise über GVH- und Deutschlandtickets sollten sich nach den Vorstellungen der regionalen Verkehrsplaner auf diejenigen beschränken, die ein mobiles Endgerät besitzen. Das fand unser verkehrspolitischer Sprecher Ulrich Wolf unbefriedigend. Immerhin besitzen über 20 Prozent der Menschen in der Bundesrepublik kein Smartphone. Folgerichtig beantragte Wolf, dass die regionalen Verkehrsanbieter auch per Chipkarte das Deutschlandticket anbieten müssten. Wie so gern in der Kommunalpolitik, werden sinnvolle Anträge oft nur deshalb abgelehnt, weil sie von der „falschen“ Fraktion gestellt wurden. Trotzdem führte der Verkehrsdezernent dann die Chipkarte doch noch ein. Es bleibt zukünftigen Fraktionen überlassen, dieses Instrument gegen den Onlinewahn von SPD und Grünen zu verteidigen, denn die Chipkarte wird derzeit von den Verkehrsbetrieben nur mangelhaft beworben und steht zur Abwicklung an, wenn sie in Hannover nicht politisch verteidigt wird. Dass die Verwaltung hin und wieder politischen Druck braucht, zeigen auch „kleinere“ verkehrspolitische Eingriffe in den Schlafwagenmodus der zuständigen Dienststellen. So wurde etwa auf Druck unserer Fraktion das Fahrgastleitsystem für sehbehinderte Menschen an der Noltemeyerbrücke nach jahrelangem Stillstand repariert. Die Fraktion fragte auch nach, warum Rolltreppen und Fahrstühle in den hannoverschen U-Bahnstationen ständig betriebsbedingt nicht zu nutzen waren. Und auch die Regelungen zum Öffnen der Stadtbahntüren bei der Üstra wurde durch den Druck unserer Fraktion wesentlich zu Gunsten sehbehinderter Menschen und Senioren verbessert. Zu unserem Aktionsprogramm Nahverkehr gehörte auch der Versuch der Entkriminalisierung des so genannten Schwarzfahrens. Die Üstra und die anderen regionseigenen Verkehrsbetriebe sollten auf die Stellung der notwendigen Strafanträge verzichten. Leider konnten wir auch hier die anderen Fraktionen von der Sinnhaftigkeit unseres Anliegens nicht überzeugen, obwohl andere Kommunen in der Bundesrepublik in diesem Punkt schon längst weiter sind.



Von hochherrschaftlich bis desinteressiert:

Krach und Palandt richten sich in ihren Jobs ein

Wir kaum ein anderes Projekt stand die (Nicht)Vergabe der World Games an die Region Hannover für Krachs abgehobenen Führungsstil. Zur Erinnerung: Der Regionspräsident hatte Anfang 2024 versucht die World Games, eine Sportveranstaltung mit internationalem Ruf, nach Hannover zu holen. Ohne eine ausreichende Debatte und Einbindung der Regionpolitik wollte Krach die Bewerbung Hannovers schnellstmöglich durchdrücken. Dazu wurde besondere Eile unterstellt, weil die Bewerbungsfrist bei den zuständigen sportpolitischen Institutionen angeblich kurz vor dem Ablauf wäre. Zunächst stimmte eine bürgerliche Parteienallianz Krachs Vorgehen zu. Aber insbesondere in der Regionsversammlung wurde den Politikern aus dem Umlandgemeinden schnell klar, dass die Veranstaltung eher auf die Landeshauptstadt projiziert war. Jessica Kaußen hatte dies schon im intern tagenden Regionsausschuss bemängelt. So kam es dann in der Regionsversammlung doch noch zum Aufstand gegen Krach, dem sich auch die CDU-Fraktion anschloss. Aus den World Games wurde nichts und auch Krachs Argument der Eilbedürftigkeit der Entscheidung erwies sich als kurzbeinig. Den Zuschlag für die World Games erhielt letztendlich Karlsruhe. Die Karlsruher hatten allerdings erst nach Beendigung der Frist ihre Bewerbung beim deutschen olympischen Sportbund eingereicht.

Eine Episode in der Umweltpolitik trieb nicht nur die Menschen in Misburg auf die sprichwörtlichen Barrikaden. Der in Hannover nicht gerade unbekanntere Industrielle Papenburg hatte sich mit seinem Einfluss dafür stark gemacht, eine weitere Müllverbrennungsanlage in Hannover zu errichten. Rein zufällig in der Nähe einer eigenen gewerblichen Immobilie. Die Enercity AG trieb diese Pläne voran. Schon früh hatte sich eine engagierte Bürgerinitiative auch an unsere Fraktion gewandt. In Abstimmung mit der Expertise der dortigen Mitglieder kam es uns darauf an, die Regionspolitik auf dieses Thema zu fokussieren, denn für alle Beteiligten war klar: die Region Hannover bedarf keiner weiteren Anlage. Die Verbrennungskapazitäten in der Region waren und sind keineswegs ausgelastet. Daher musste verhindert werden, dass unsere Region als Standort des Mülltourismus doppelt bestraft wird: Zum einen durch zusätzliche Emissionen und zusätzlich durch den Lkw-Verkehr, der den Müll anderer Kommunen oder der Abfallindustrie bei uns abliefern. Im Jahre 2023 starteten wir daher eine Anfragenkampagne, die sich insbesondere mit der fehlenden Notwendigkeit der Anlage beschäftigte. Die Verwaltung, und insbesondere Umweltdezernent Palandt, blieben jedoch schmallippig. Der sonst so eloquente Palandt berief sich auf die fehlende Antragslage zum Bau der MVA. Hier hätten wir klare Worte von Palandt erwartet, die jedoch ausblieben. Das Projekt wurde schlussendlich gestoppt, auch weil durch die frühe Debatte um Papenburgs Anliegen klar wurde, dass das Genehmigungsverfahren starke politische Schockwellen ausgelöst hätte.



Zentrale Themen linker Kommunalpolitik:

Schule, Wohnen, Umwelt

Wir haben unsere Schulpolitik in der Regionsversammlung Hannover konsequent an einem zentralen Anspruch ausgerichtet: bessere Bildungschancen, verlässliche Lernbedingungen und eine starke öffentliche Bildungsinfrastruktur für die Einwohner in der Region. Für uns war dabei klar, dass gute Bildungspolitik nicht bei Sonntagsreden beginnt, sondern bei den konkreten Bedingungen vor Ort – in Klassenräumen, Werkstätten und Schulgebäuden. Gerade deshalb haben wir immer wieder auf Missstände aufmerksam gemacht, die andere lieber verwaltet als gelöst hätten. Ob Rummangel, Sanierungsstau oder fehlende Ausstattung: Für uns kam es darauf an, den politischen Druck zu erhöhen und die Region zum Handeln zu bewegen. Die Gründung einer Schulbau GmbH, um einen Sanierungsstau von über 750 Millionen Euro abzubauen, war eher ein hilfloser Vorschlag der Regionsverwaltung und von Rot-Grün. Besonders deutlich zeigte sich dies an der Alice-Salomon-Schule. Dort wurde offensichtlich, dass steigende Schülerzahlen und neue Anforderungen auf eine Infrastruktur treffen, die vielerorts längst an ihre Grenzen geraten ist. Frühzeitig haben wir deshalb auf die Engpässe hingewiesen und kurzfristige wie langfristige Lösungen eingefordert – von zusätzlichen Räumen bis hin zu einer vorausschauenden Schulentwicklungsplanung.

Das am Ende nur ein langandauernder Grundstückstausch mit der Stadt zustande kam, der den Umzug von Förderschülern von Kleefeld nach Stöcken bedeutetet, ist eine traurige Lösung. Überhaupt war die Situation an den Berufsbildenden Schulen, die Ausbildungssituation junger Menschen und die Jugendarbeitslosigkeit ein wichtiges Anliegen. Wir haben nachgefragt, wie sich Ausbildungsplätze, Schülerzahlen und Unterstützungsangebote entwickeln und wo junge Menschen durch das Raster fallen. Denn für uns gehört gesellschaftliche Teilhabe unmittelbar mit guten Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten zusammen. Deshalb haben wir uns auch dafür eingesetzt, die Finanzierung der berufsbildenden Schulen und Förderschulen deutlich zu stärken und ihre Bedeutung stärker ins politische Bewusstsein zu rücken. Sehr wichtig war uns die Frage von Integration und Sprachförderung. Wir hatten beantragt, die Mittel in diesem Bereich deutlich aufzustocken, weil gerade hier entschieden wird, ob Bildungsgerechtigkeit ein politisches Schlagwort bleibt oder im Alltag tatsächlich ankommt. Dass nun kurz vor der Kommunalwahl plötzlich von der in der Region in Verantwortung stehenden SPD-Forderungen nach einer gemeinsamen Schulverpflegungs-GmbH auftauchten, haben wir ausdrücklich begrüßt – auch wenn wir uns gewünscht hätten, dass ein solches Vorhaben nicht erst dann entdeckt wird, wenn Wahlplakate gedruckt werden.

Beim Thema Wohnen erleben tausende Einwohner in der Region Hannover ganz konkret, was politische Versäumnisse bedeuten: zu hohe Wohnkosten, unsichere Perspektiven und die ständige Angst, aus dem vertrauten Umfeld verdrängt zu werden. Für uns war deshalb früh klar, dass Wohnen nicht dem freien Markt überlassen werden darf. Bezahlbarer Wohnraum ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und gehört ins Zentrum kommunaler Politik. Mit zahlreichen parlamentarischen Anfragen haben wir Druck aufgebaut, Entwicklungen offengelegt und dafür gesorgt, dass Missstände nicht unter den Teppich gekehrt werden konnten. Denn allzu oft zeigte sich: dort, wo Transparenz fehlt, fehlt häufig auch der politische Wille zum Handeln. Besonders deutlich wurde das bei den Belegrechten für Sozialwohnungen.

Unsere Anfrage brachte ans Licht, dass die Regionsverwaltung selbst keinen vollständigen Überblick mehr darüber hatte, welche Wohnungen in der Region Hannover überhaupt noch gebunden sind und wann Bindungen auslaufen. Dabei geht es nicht um irgendeine Statistik, sondern um die entscheidende Frage, wie viele Wohnungen Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen überhaupt noch offenstehen. Wenn öffentliche Kontrolle verloren geht, verschwindet bezahlbarer Wohnraum schleichend – Jahr für Jahr. Dabei betrachteten wir Wohnen nie isoliert. Hohe Mieten hängen unmittelbar mit steigenden Energiepreisen, stagnierenden Einkommen und wachsender sozialer Unsicherheit zusammen. Deshalb haben wir auch das Thema Wohnkostenarmut in die Regionsversammlung getragen und deutlich gemacht, dass immer mehr Menschen trotz Arbeit wegen der Wohnkosten finanziell unter Druck geraten. Wichtig war uns, die Vergabepaxis der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft KSG zu hinterfragen. Viele Mietinteressenten befürchteten, dass Wohnungsbewerbungen routinemäßig über die Schufa geprüft würden. Unsere Nachfrage ergab jedoch, dass die KSG stattdessen Auskünfte bei dem Unternehmen Creditreform einholt. Das ist auch nicht besser, zumal es sich auch um einen intransparenten Privatverein handelt, dessen negative Auskunft dazu führen kann, dass Wohninteressenten bei negativer Auskunft einen Bürgschaftsvertrag brauchen, um eine Wohnung zu erhalten. Gerade bei einem so sensiblen Thema war es wichtig, Klarheit zu schaffen und Transparenz herzustellen. Denn der Zugang zu Wohnraum darf nicht durch intransparente Verfahren zusätzlich erschwert werden. Des Öfteren haben wir auch eine Kapitaldeckenerhöhung für die kommunale Wohnungsbaugesellschaft KSG Hannover gefordert, weil die KSG unserer Meinung nach eine größere Rolle als Mietpreislöscher für die Region Hannover spielen sollte. Auch den Aufbau der Landeswohnungsbaugesellschaft hätten wir uns schneller gewünscht.

In der Energiepolitik der Region Hannover spielte der Ausbau der Windkraft in den vergangenen Jahren eine zentrale Rolle. Für uns stand außer Frage, dass erneuerbare Energien ein notwendiger Bestandteil einer modernen und klimafreundlichen Energieversorgung sind.

Die politische Debatte entzündete sich daher selten an der grundsätzlichen Frage des „Ob“, sondern zunehmend an der Art und Weise des Ausbaus. Denn gerade bei einem so tiefgreifenden Eingriff in Landschaft, Infrastruktur und kommunale Planungshoheit entscheidet die konkrete Umsetzung darüber, ob die Energiewende gesellschaftlich getragen wird. Bereits früh mehrten sich Hinweise aus zahlreichen Kommunen der Region, dass die Planungen zum Windkraftausbau unter erheblichem Zeitdruck vorangetrieben wurden. Bürgerinitiativen, Ortsräte und Anwohner schilderten immer wieder denselben Eindruck: Entscheidungen schienen oftmals bereits gefallen, bevor Beteiligungsverfahren überhaupt begonnen hatten. Besonders deutlich wurde dies im gemeinsamen Gespräch mit einer Initiative aus dem Raum Schulenburg, die sich mit ihren Sorgen und Einwänden an uns wandte. Dort wurde keineswegs die Energiewende grundsätzlich abgelehnt. Vielmehr bestand erheblicher Unmut darüber, dass Transparenz, nachvollziehbare Abwägungen und echte Mitsprache vielerorts auf der Strecke blieben. Auffällig war dabei insbesondere die Rolle des Umweltdezernenten Jens Palandt. Während zahlreiche Einwohner, Kommunalpolitiker und Initiativen auf offene Fragen zu Abständen, Belastungen und Verfahren hinwiesen, vermittelte die Verwaltung vielfach den Eindruck, dass vor allem die möglichst schnelle Ausweisung immer neuer Windkraftflächen Priorität besitze. Der Anteil an Windenergie bei der Raumordnung sollte ohne Not weit über den landespolitischen Vorgaben liegen. Kritische Hinweise wurden dabei nicht selten als bloßes Störgeräusch behandelt. Der Eindruck drängte sich auf, dass für Palandt weniger die Ausgewogenheit der Planung als vielmehr die politische Inszenierung eines möglichst umfangreichen Windkraftausbaus im Vordergrund stand. Wer sich innerhalb grüner Landes- und Bundespolitik profilieren möchte, sammelt mit großen Ausbautzahlen offenkundig mehr Aufmerksamkeit als mit mühsamer kommunaler Vermittlungsarbeit. So überrascht es nicht, dass der Ausbau der Flächen für Windenergie in der Raumordnung nur wegen Einwänden der Bundeswehr kurzzeitig verzögert wurde. Gerade deshalb haben wir die Entwicklung in den vergangenen Jahren kritisch begleitet. In zahlreichen Gesprächen und Debatten wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass Akzeptanz nicht durch politischen Druck entsteht, sondern durch nachvollziehbare Entscheidungen.

Denn wenn Einwohner den Eindruck gewinnen, ihre Einwände seien lediglich lästige Hindernisse auf dem Weg zu längst feststehenden politischen Entscheidungen, leidet am Ende nicht nur die Zustimmung zu einzelnen Projekten, sondern das Vertrauen in demokratische Verfahren insgesamt.

Um den von unserer Fraktion geforderten richtigen Mix für die Energiewende zu erreichen, hat sich Ulrich Wolf auch immer wieder dafür stark gemacht, den Ausbau der Solarenergie in unserer Region zu stärken. Daher war unser umweltpolitisches Anliegen die Förderung der Freiflächenphotovoltaik voranzutreiben und nicht allein auf die Dachsolarrichtlinie zu setzen. Daneben haben wir auch die aktive Förderung von Balkonsolaranlagen gefordert, da die Förderprogramme der regionsangehörigen Kommunen unserer Ansicht nach zu uneinheitlich waren. Von der Sinnhaftigkeit der Zentralisierung dieser Förderung konnten wir leider weder die Grünen in der Regionsversammlung noch Umweltdezernent Palandt überzeugen. So bleibt Umweltpolitik in der Region Hannover alleinig etwas für Großunternehmen und die ehrgeizigen Windradpläne Palandts.



Die dicken Bretter:

Wenn es für Hundertausende um Millionen oder Milliarden geht

Dass es Krach und damit auch der SPD und den Grünen ernst damit war, den Einwohnern der Region weitere Sparkonzepte aufzubürden, wurde klar, als der Regionspräsident, unterstützt durch seine Verwaltung und die Regionsabgeordneten von SPD und Grünen, ein Sparpaket für das KRH vorlegte. Insbesondere die Schließung des KRH-Standortes in Lehrte war bei den Menschen in der Region, aber auch bei dem betroffenen Personal in der Einrichtung stark umstritten. Da in diesem Fall weder die CDU noch die FDP sich den Sparorgien des bürgerlichen Lagers anschließen wollten, kam es zu einem der wenigen echten „Showdowns“ in der Regionspolitik in dieser Wahlperiode. Dies umso mehr, weil einige SPD-Abgeordnete Widerstand gegen Krachs Pläne angekündigt hatten und eine Zeitlang nicht sicher war, ob Krach die geplanten Standortschließungen politisch durchsetzen konnte. Leider gingen aber auch diese Debatten am Thema vorbei. Denn die finanzielle Schieflage öffentlicher und privater Krankenhäuser hat wenig mit der Frage der ökonomischen Sinnhaftigkeit kommunaler Krankenhausinfrastruktur zu tun, sondern ist eingebettet in Fragen der auskömmlichen Finanzierung der Krankenhäuser durch die Bundes- und Landespolitik.

Fast jeder Fünfte in der Region ist armutsgefährdet, wie die Hannoversche Allgemeine Zeitung am 29.4.2024 berichtete. Wenn es keine staatlichen Hilfen geben würde, wären es sogar 25 Prozent, so die Madsack-Gazette. Grund genug genau darauf zu achten, dass die kommunalen Sozial- und Förderprogramme auch ausreichend sind. Die Fraktion hat daher alle sozialen Förderprogramme der Verwaltung in der Regionsversammlung unterstützt. Kritisch haben wir jedoch die Entwicklung bei der Zahlung der Kosten der Unterkunft (KdU) belgeitet. Zur Erinnerung: Die Region Hannover hat die Trägerschaft der örtlichen Jobcenter inne. Daher beschließt die Regionsversammlung alle zwei Jahre über die Höhe der Kosten der Unterkunft in den regionsangehörigen Kommunen. In dieser Wahlperiode haben wir im Sozialausschuss darauf hingewiesen, dass die von der Verwaltung, oft unter Nutzung von Consultingunternehmen, berechneten Kosten der Unterkunft, die tatsächlichen Angebotsmieten unterschreiten würden. Im Jahr 2022 haben wir dazu sehr umfangreich die online ermittelbaren Angebotsmieten der Regionalkommunen mit den vom Jobcenter gezahlten Kosten der Unterkunft verglichen. Dies mit dem Ergebnis, dass die Angemessenheitswerte der Verwaltung die Angebotsmieten zum Teil erheblich unterschritten. Unser Antrag führte dazu, dass die damalige Sozialdezernentin Hanke sich zu einer internen Stellungnahme genötigt sah. Eine eher ungewöhnliche Maßnahme der Verwaltung. Dabei stellte Andrea Hanke die gewagte These auf, dass günstiger Wohnraum eher unter der Hand vermittelt wird und daher ermittelte Angebotsmieten über den tatsächlichen Mieten für Wohnraum lägen, die Leistungsempfänger gewöhnlich zahlen müssten. Eine steile These, für die jede wissenschaftliche Grundlage in der Stellungnahme der Dezernentin vom 11.5.2022 fehlte. Schlussendlich war nicht nur der Unwillen der Dezernentin, Fakten wahrzunehmen, für die Fraktion ernüchternd. Unser Vorschlag, Sozialverbände an der Ermittlung der Angemessenheit der Unterkunftswerte zu beteiligen, stieß auch dort auf wenig Gegenliebe. Die von uns angeschriebenen Verbände hielten es überwiegend nicht für nötig, mit uns diesen Vorschlag zu erörtern. Ein Problem, dass auch in anderen Bereichen zu beobachten ist.

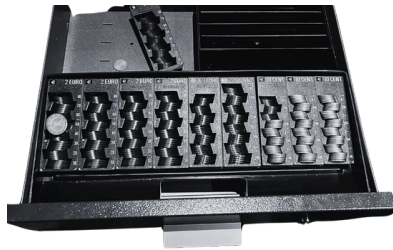
Sozialverbände sind von den Zuweisungen der Politik aller Ebenen wirtschaftlich abhängig. Selten wird daher die Konfrontation mit der Verwaltung gesucht, auch wenn sie rechtlich sinnvoll und für Betroffene notwendig wäre. Monatlich hat die Fraktion daher vor ausgesuchten Jobcentern Infostände betrieben und unter anderem Broschüren zu den Ansprüchen von Leistungsempfängern verteilt. Die Vorgaben der Verwaltung zur zweijährlichen Anpassung der Kosten der Unterkunft haben wir stets kritisch gesehen. Trotz unserer Ernüchterung bei der Zusammenarbeit mit den Verbänden beantragten wir 2024, dass bis zur Feststellung der Angemessenheitswerte in einer unabhängigen Kommission, alle laufenden Kostensenkungsaufforderungen des Jobcenters auszusetzen seien. Ferner wurde die Verwaltung aufgefordert, eine Gegenüberstellung der Angemessenheitswerte im Vergleich zu Anlage 1 des § 12 WoGG zu erstellen. Die zuständige Sozialdezernentin und alle anderen Fraktionen in der Versammlung lehnten jedoch diese sinnvollen Anträge immer wieder ab. Bis heute kann für die Region Hannover nicht festgestellt werden, dass Empfänger von Transferleistungen angemessene Zuschüsse zur Zahlung ihrer Mieten erhalten. Im Ergebnis heißt das, dass in vielen Haushalten die Miete vom Mund abgespart wird. Es bleibt zu hoffen, dass sich auch in der nächsten Wahlperiode Abgeordnete dieses wichtigen Themas annehmen.

Ein zentraler Bestandteil unserer Arbeit war die Kritik an der Privatisierung des S-Bahnnetzes in Hannover. Die Auswirkungen sind den meisten der täglich 225.000 Pendler bis heute klar. Verspätete oder ausfallende Züge und Dienstleistungsmängel in Sachen Sauberkeit und bisweilen Sicherheit haben der verkehrspolitischen Wende in der Region nachhaltig geschadet. Nach dem öffentlichen Bekanntwerden der drohenden Insolvenz der Metronom GmbH hat sich unsere Fraktion intensiv mit den Hintergründen und den wirtschaftlichen Verflechtungen der Metronom GmbH beschäftigt und öffentlich gemacht, welche Interessen das Land Niedersachsen und etliche Gemeinden im Land hatten, eine Pleite des Unternehmens abzuwenden.

Der Text „Die Metronom Story“, der von uns veröffentlicht wurde, zeigt auch die Verflechtung des Landes Niedersachsen mit den Investoren der privaten Zugunternehmen auf. Ferner, wie Spekulationskapital des europäischen Finanzmarktes Eingang in unsere Verkehrsinfrastruktur findet. Unser Ergebnis: die privaten Unternehmen kommen ohne ausreichende Finanzmittel an die begehrten Verkehrsaufträge, das Land Niedersachsen sponsert über die Landes-Nahverkehrsgesellschaft (LNVG) oftmals die Züge für die Unternehmen und die Finanzinvestoren hinter den Auftragnehmern werden nicht zur Kasse gebeten, wenn die privaten Bahnunternehmer die Leistungen aus den bestehenden Verträgen nicht erfüllen. Diese Erkenntnisse führten zu zahlreichen Anträgen und Anfragen unserer Fraktion. Dabei ging es nicht nur um die Frage, ob die Regionsverwaltung in ausreichendem Maß Vertragsstrafen gegen die Mangleistungen der Eisenbahnunternehmen verhängt hat. Als klar wurde, dass die Geschäftsberichte der Transdev Deutschland GmbH eine finanzielle Schiefelage auch dieses Anbieters im S-Bahnnetz der Region andeuteten, verlangte Ulrich Wolf eine Anhörung in der Regionsversammlung über die Folgen des wirtschaftlichen Notstandes der Transdev. Dies wurde von allen anderen Fraktionen abgelehnt, so dass die Wählerinnen und Wähler bis heute keine wirklichen Kenntnisse über die Gründe der weitreichenden Folgen der Privatisierung des S-Bahnnetzes in Hannover haben. Eins bleibt klar: der ambitionierte Plan der Halbierung des motorisierten Individualverkehrs in der Region Hannover wird nicht klappen, wenn die Folgen der gescheiterten S-Bahnprivatisierung in der nächsten Wahlperiode nicht kritisch aufgearbeitet werden.

Einen kostenintensiven, aber umso nötigeren Ansatz verfolgte unsere Fraktion bei den Anträgen zur Änderung der Schulbeförderungssatzung. Die so genannte Zwei-Kilometer-Grenze empfanden nicht nur unsere Politiker sondern auch die Schülerinnen und Schüler in Hannover unfair. Regelmäßig beantragte unsere Fraktion die Abschaffung dieser Grenze zu den jährlichen Haushaltsdebatten. Nicht allein der Umstand, dass die Schülerkarte ja auch außerhalb des Schulbetriebs genutzt werden konnte, stellte für uns einen Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz dar.

Jessica Kaußen und Ulrich Wolf haben auch einen Beitrag zur verkehrspolitischen Wende in dem Wegfall dieser anachronistischen Grenze gesehen. Mit den Stimmen von Rot-Grün wurden unsere Anträge jedoch immer wieder abgeschmettert. Die über 120.000 Schülerinnen in der Region für den ÖPNV zu begeistern, war weder dem Verkehrsdezernenten noch dem Umweltdezernenten ein Anlass ihre Sparposition zu überdenken. Ulrich Wolf begleitete auch die jährlichen Maßnahmen zur Entwicklung des öffentlichen Nahverkehrs mit Anträgen zur Optimierung des Angebots. Dazu traf er sich regelmäßig mit Mitgliedern des ÖPNV-Beirates, um deren Expertise in die Arbeit unserer Fraktion einzuspeisen. Auch wurden die regelmäßigen Fahrpreiserhöhungen von unserer Fraktion abgelehnt, nicht nur weil sie einen falschen Weg für eine nachhaltige Verkehrswende darstellen, sondern in erster Linie einkommensschwache Haushalte treffen, die sich kein eigenes Auto leisten können.



Kein Geld da?

Angst vor dem Finanzkollaps und Meinungsmacht

Die Verschuldung der Region war auch für unsere Fraktion Dauerthema. Schnell war uns klar, dass dieses Problem gerade nicht in der Kommune selbst gelöst werden kann. Denn die Ausgangslage ist bekannt: die Kommunen tragen kostenintensive Verantwortung für die Aufgaben des Bundes und des Land Niedersachsen. Das so genannte Konnexitätsprinzip, das heißt Bund und Land zahlen den Kommunen einen ausreichenden Ausgleich für die Bewältigung dieser Aufgaben, wird immer wieder gebrochen. So entstehen Schulden, die sich anhäufen und als Altschuldenlast den Zinsdienst der Kommunen bedenklich erhöhen. In den Haushaltsdebatten der vergangenen Jahre haben wir daher einen größeren Ansatz gesucht und uns an den Sparorgien von Rot-Grün bis CDU und FDP nicht beteiligt. So haben wir eine Resolution in die Regionsversammlung eingebracht, die Bund und Land in die Verantwortung nehmen sollten, die Finanzen der Kommunen in Niedersachsen zu stärken. In vielen Kommunalparlamenten in unserem Bundesland wurden solche Resolutionen beschlossen. Leider nicht in der Region Hannover. Unser weiterer Vorschlag: Das Land Niedersachsen sollte durch einen kommunalen Altschuldentilgungsfonds helfen.

Leider fehlte auch hier die Unterstützung anderer Gruppen und Fraktionen in der Regionsversammlung. Dabei haben etliche Bundesländer, u.a. Hessen (sog. Hessenkasse), gezeigt, dass es den Ländern möglich ist, durch bessere Kreditkonditionen eine Entschuldung der Kommunen über das Land zu ermöglichen. In Niedersachsen bleiben die Entlastungspakte der Landesregierung dagegen bloßes Stückwerk. Ähnlich wie bei der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft wird hier gekleckert statt geklotzt. Die Einwohner bezahlen dies mit sinkenden kommunalen Leistungen. Wenn dann auch noch Geldverschwendung hinzukommt, ist der Schaden doppelt. So war es nur unsere Fraktion, die nach den Folgen der Pleite der Greensill Bank für die Region Hannover gefragt hat. Zum Glück für alle Beteiligten war der Schaden in der Region gering. Die Stadtentwässerung Garbsen musste jedoch immerhin knapp 8,5 Millionen Euro zur Insolvenz anmelden. Bereits im Jahre 2023 hatten wir ferner gefragt, bei welchen Geldgebern die Region Hannover zu welchen Konditionen verschuldet sei. Die Antwort dürfte die Menschen in der Region sicherlich interessieren, ist aber, wie so vieles in der Regionspolitik, geheim und durfte daher von uns nicht veröffentlicht werden, ohne dass unsere Abgeordneten mit erheblichen rechtlichen Konsequenzen zu rechnen hätten.

Aber nicht nur den Regionsabgeordneten anderer Parteien sind öffentliche Debatten über wichtige Fragen der Kommunalpolitik ein Dorn im Auge. All diejenigen, die in Hannover darauf vertrauen, dass Kommunalpolitik sich hinter dem Rücken der Wähler abspielt, können sich auf die örtliche Presse verlassen. Sowohl Hannoversche Allgemeine Zeitung (HAZ) als auch die Neue Presse (NP) sind im Besitz des Madsack-Konzerns, einem der großen Meinungsmacher in Hannover und weit darüber hinaus. Über einige Beteiligungen eng mit der örtlichen Sozialdemokratie verbunden, ist seit Jahren klar, dass der Konzern nicht daran interessiert ist, die in der Region vorhandene politische Meinungsvielfalt zu spiegeln, sondern eng mit den bestehenden Machtstrukturen von Politik und Wirtschaft sein eigenes Süppchen kocht. Wer erwarten durfte, dass Madsack ordentlich von den politischen Auseinandersetzungen in der Regionsversammlung berichtet, durfte sich enttäuscht zeigen.

Oft wurden zu wichtigen politischen Debatten nur Pressemitteilungen der Regionsverwaltung und deren Presseorganen einfach übernommen. Zentrale Fragen wichtiger politischer Themen wurden schlichtweg verschwiegen. Ob nun die finanzielle Schieflage privater Bahnunternehmen oder die Beteiligung von „Fachleuten“ der Bertelsmann Stiftung beim KRH-Kahlschlag, all das war den Journalisten von HAZ und NP nie eine Zeile wert. Ohnehin waren die Debatten in der vom Volk gewählten Regionsversammlung dem Konzern weniger Zeilen wert, als die eigentliche Machtpolitik der Verwaltung. Die Madsackjournalisten machten sich dabei zu eigen, oft nur von den Ergebnissen der Ausschüsse zu berichten und die Debatten in der Regionsversammlung erst gar nicht zu erwähnen. Frei nach dem Motto, wer die Macht hat, muss sich um die Debatte im vom Volk gewählten Gremium nicht scheren. Am Ende werden anlässlich der nächsten Kommunalwahl von den gleichen Journalisten, die jahrelang nicht ordentlich über die Meinungsvielfalt in der Versammlung berichteten, Krokodillstränen über die mangelnde Wahlbeteiligung zu den Kommunalwahlen vergossen. Der eigene Beitrag zur Demontage der kommunalen Demokratiepotentiale wird dabei stets unkommentiert bleiben.



Ohne Frieden ist alles nichts - oder:

allein auf weiter Flur in der Regionsversammlung

„Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts“ dieser bekannte Satz des früheren SPD-Bundeskanzlers und Friedensnobelpreisträgers Willy Brandt ist heute aktueller, denn je und bezeichnet zugleich den politischen Grundkonsens des BSW. Unsere Fraktion hat deshalb verschiedene friedenspolitische Initiativen in die Regionsversammlung eingebracht:

Unser Dringlichkeitsantrag vom 22.3.2022 zum Krieg in der Ukraine enthielt eine unmissverständliche Verurteilung des russischen Angriffskriegs als Bruch des Völkerrechts, verband dies aber mit einem Appell, den Krieg schnellstmöglich auf dem Verhandlungsweg zu beenden. Mit dem Antrag sprachen wir uns zugleich gegen die sich abzeichnende militärische Aufrüstungs- und Eskalationsspirale in Europa aus und stellten dem die Notwendigkeit einer Friedens- und Sicherheitsarchitektur unter Einbeziehung Russlands entgegen.

In diese Richtung zielte auch die Resolution „Statt Aufrüstung und endloser Kriege – Frieden schaffen durch Verhandlungen“, die wir vor der am 3.10.2024 in Berlin stattfindenden Friedensdemonstration einbrachten. Darin hieß es u.a.: „Die Regionsversammlung sieht mit großer Sorge, dass die Situation in Europa und Nahost sich gefährlich in Richtung von Großkriegen entwickelt.“

Die Zahl der zivilen Opfer, v.a. im Gaza-Krieg, aber auch der getöteten und verwundeten Soldaten im Krieg in der Ukraine nimmt ständig zu. (...)vor allem der von Russland 2022 gegen die Ukraine begonnene Krieg hat mittlerweile eine gefährliche Eskalationsstufe erreicht und das Risiko eines 3. Weltkriegs erhöht, von dem Europa und insbesondere Deutschland bedroht sind. (...) Das Geld für die Hochrüstung fehlt bei Krankenhäusern und Pflege, Rente und Sozialleistungen, Bildung und Kitas, Bahn und Nahverkehr. Globale Herausforderungen, die weltweit nur gemeinsam gelöst werden können, um den Generationen, die uns folgen, eine lebenswerte Welt zu erhalten, werden nicht in Angriff genommen“

Gegen die von der Bundesregierung seit dem Beginn des Ukrainekriegs forcierte äußere und innere Aufrüstung richtete sich unser Antrag „Kein Werben fürs Sterben“, den wir im November 2024 einbrachten. Darin forderten wir einen Verzicht auf Bundeswehrwerbung im ÖPNV der Region Hannover und thematisierten kritisch die bereits in dieser Zeit immer stärker werdende Militarisierung des öffentlichen Raums in unserem Land.

Obwohl alle diese Anträge (übrigens auch mit den Stimmen von Linke, Piraten und Volt) abgelehnt wurden, gelang es uns immerhin, das Thema Krieg und Frieden nicht nur auf die Tagesordnung der Regionsversammlung zu bringen, sondern kritische Debatten darüber zu initiieren. Dies war auch das Ziel einer Resolution zur Situation im Gazakrieg, die wir im September 2025 einbrachten. Kern des Antrags war eine Verurteilung der Kriegsverbrechen der israelischen Armee in Gaza und die Aufforderung an die Bundesregierung, sich nicht länger zum Komplizen eines Kriegs gegen die palästinensische Zivilbevölkerung im Gazastreifen zu machen, die vom Internationalen Gerichtshof als Völkermord angesehen wird.

Man muss es wohl als politisches Armutszeugnis betrachten, dass die große Mehrheit der Regionsversammlung (auch die o.g. Kleinfractionen) dem Antrag der CDU auf Nichtbefassung zustimmten und damit eine öffentliche Diskussion über dieses Thema verhinderten.



Wer Aufrüstung unterstützt, schwächt die Kommunen

Nach langem Hin und Her hat die Regionsversammlung am 21.4. 2026 mit den Stimmen von SPD und Grünen ein regionales Investitionsprogramm Klima verabschiedet, das bis zum Jahr 2035 ein Investitionsvolumen von 250 Millionen € vorsieht. Als BSW-Fraktion haben wir uns bei der Abstimmung enthalten – hier ist die Begründung: Sicherlich enthält das jetzt beschlossene Programm eine Reihe sinnvoller Vorschläge, die, sofern es tatsächlich umgesetzt werden würde, positive Auswirkungen auf wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsplätze in der Region Hannover hätte. Dies gilt sowohl für die „nachhaltige Förderung der klimaneutralen Transformation von Wirtschaft und Industrie“ (28 % des Investitionsvolumens), als auch für die vorgesehenen Maßnahmen zum „natürlichen Klimaschutz“ (42%). Und als BSW-Fraktion finden wir insbesondere den Schwerpunkt „Umstellung auf klimafreundliche Energien (auch) für einkommensschwache Haushalte bei der Umstellung auf klimafreundliche Energien sowie gezielte Förderung energetischer Sanierung im sozialen Wohnungsbau“, für den ca. 30% des Investitionsvolumens vorgesehen sind, gut und notwendig - gerade für die Millionen Menschen in unserem Land, die ohnehin jeden Cent umdrehen müssen. So weit, so gut.

Der Haken ist, dass sich leider in dem Programm keine belastbaren Aussagen dazu finden, wie es in seinem Gesamtumfang finanziert werden soll. Im Antrag heißt es dazu: „Der Einsatz der Haushaltsmittel steht unter dem Vorbehalt der Genehmigung der jeweiligen Haushaltssatzung.“ Und: „Die Verwaltung wird beauftragt, die Umsetzung der im Investitionsprogramm Klima aufgeführten Maßnahmen entsprechend den vorgesehenen Schwerpunkten und Finanzierungsrahmen zu veranlassen und hierfür verfügbare Förderprogramme von EU, Bund und Land systematisch zu nutzen.“ In diesem Zusammenhang wird auf das „Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität des Bundes“ verwiesen, das angeblich „Investitionsmittel in Höhe von 100 Mrd. € für die Kommunen“ bereitstelle. Bereits dies erweist sich aber bei genauer Betrachtung als Mogelpackung, denn in der Mitteilung des Bundesfinanzministeriums liest man dazu, dass es sich um 100 Mrd. für „Länder und Kommunen“ handle und „dass die Länder selbst festlegen, wie die ihnen zustehenden Mittel aus dem Sondervermögen verwendet werden und welche Anteile für Investitionen in die kommunale Infrastruktur verwendet werden.“ Das Land Niedersachsen soll demnach 9,42 Mrd. € erhalten, die „z.B. für Bevölkerungsschutz, Verkehrsinfrastruktur, Krankenhaus-, Rehabilitations- und Pflegeinfrastruktur, Energieinfrastruktur, Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur, Wissenschaftsinfrastruktur, Forschung und Entwicklung und Digitalisierung“ investiert werden können. Das sind insgesamt 8 Investitionsfelder, von denen gerade einmal zwei, nämlich Verkehr und Energie, in ein „Investitionsprogramm Klima“ gehören. Und so hört sich denn die im Antrag in Punkt 2 versprochene Suche nach den Förderprogrammen von Bund und Land doch sehr nach dem Prinzip Hoffnung an. Dies gilt umso mehr, als die Bundesregierung unter ihrem Blackrock-Kanzler Friedrich Merz bekanntlich im letzten Jahr Steuersenkungen für die Unternehmen auf den Weg gebracht hat, die mittelfristig zu erheblichen Steuerausfällen bei den öffentlichen Haushalten führen werden. Dem Vernehmen nach hat sie zugesagt, dass sich die desaströse Finanzlage der Städte und Gemeinden dadurch nicht verschlechtern soll, von einer Verbesserung haben wir aber leider nichts gehört.

Der entscheidende Kritikpunkt aus unserer Sicht, der in dem beschlossenen Programm völlig außer Acht gelassen wird, ist aber ein anderer. Die von der Bundesregierung geplante Aufrüstung wird nämlich Unsummen verschlingen, die für den Erhalt des Sozialstaats, aber auch für Investitionen in zentralen Bereichen fehlen werden. Und vor allem: die finanzielle Misere der Kommunen, die jetzt schon dramatisch ist, wird sich dadurch noch weiter verschlechtern! Wer glaubt, dass in einer Konstellation, wo, wie ab 2030 geplant, 150 Mrd. jährlich für Krieg und Rüstung ausgegeben werden sollen und wegen der wachsenden Staatsverschuldung zusätzlich steigende Zinsen den Bundeshaushalt belasten, noch Geld für kommunale Investitionsprogramme da wäre, ist bestenfalls naiv oder verschweigt bewusst die unangenehme Wahrheit. Nämlich, dass Aufrüstung und Kriegsgeschrei auch schlecht für die Kommunen sind. Seine Rede anlässlich der Einbringung des „Investitionsprogramms Klima“ im letzten Jahr beendete Ulrich Wolf deshalb mit folgenden Worten:“ Wenn in diesem Antrag also drinstände, dass die Region Hannover Geld vom Bund für ein soziales und ökologisches Investitionsprogramm fordert, statt Hunderte von Milliarden in ein gigantisches Aufrüstungsprogramm zu stecken – diese Mischung aus Paranoia und Größenwahn - würden wir ihm als BSW-Fraktion gerne zustimmen. So aber nicht!“

Viele weitere Themen haben uns in den letzten fünf Jahren beschäftigt. Etwa die Sinnhaftigkeit der Milliardeninvestitionen in das Schnellstraßensystem Hannovers, Pfandringe im öffentlichen Raum, die Möglichkeit auch weiterhin an Wertstoffhöfen in bar zu zahlen oder aber die kostenlose Entsorgung von Sperrmüll für Hochwassergeschädigte. Oder: Kinderschutzinseln auf Schulwegen, die Frage nach den Kosten und der Sinnhaftigkeit von Delegationsreisen, die Frage nach der Praxis von Energiesperren bei den Stadtwerken, all das und anderes mehr haben wir als Fraktion vorgebracht. Aber auch der Verbesserung der Teilhabemöglichkeit kleinerer Fraktionen galt unser Augenmerk, etwa wenn wir das öffentliche Anhörungsrecht solcher Fraktionen nicht davon abhängig machen wollten, ob diese Anhörung einer Mehrheit in der Versammlung passte. Entsprechende Anträge auf eine Änderung der Geschäftsordnung wurden gestellt, aber selbst von kleinen Parteien, wie den Piraten, Volt, Die Partei oder Freie Wähler nicht unterstützt.

Gerade diese Klein- und Kleinstparteien waren für uns oftmals die Enttäuschung dieser Wahlperiode, weil sie ihre Wahlversprechen als Korrektiv der so genannten großen Parteien wenig bis gar nicht einlösten. Neben der versuchten Änderung der Geschäftsordnung haben wir die Möglichkeit genutzt, so genannte „Aktuelle Stunden“ zu beantragen, um pressewirksam Debatten anzustoßen, die die bürgerlichen Parteien gerne nicht auf der Tagesordnung gehabt hätten. Die Madsack-Presse hat uns sicherlich nicht geliebt, dafür haben wir meinungsstark auf unseren sozialen Kanälen unsere Tätigkeit dargestellt. Als kleinere Fraktion in der Regionsversammlung haben wir als Teil linker Stadt- und Regionspolitik den Versuch unternommen, Dinge, die hinter dem Rücken der Einwohner stattfinden sollten, öffentlich zu machen und die Praxis kritisiert, dass wichtige Entscheidungen im Regionsausschuss oder der Regionsversammlung in nichtöffentlichen Sitzungen getroffen oder, noch schlimmer, in den Hinterzimmern der Macht ausgekungelt wurden. Unsere Abgeordneten kandidieren nicht mehr für die sechste Wahlperiode der Regionsversammlung. Sie verlassen die Hauptvertretung in der sicheren Erkenntnis, dass ohne ihr Wirken viele wichtige Fragen nicht oder nicht in der nötigen Intensität zum Gegenstand der Debatten der Regionsversammlung gelangt wären. Es bleibt die Hoffnung, dass die in dieser Broschüre dargestellten Anliegen auch in der nächsten Wahlperiode von motivierten Regionsabgeordneten des linken politischen Spektrums aufgegriffen werden.

Jessica Kaußen

Fraktionsvorsitzende
(parteilos)

- Regionsausschuss
- Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen und Teilhabe
- Gesundheitsausschuss
- Ausschuss für Abfallwirtschaft
- Ausschuss für Organisation, Personal, Finanzen und Digitalisierung
- Jugendhilfeausschuss
- Ausschuss für Gleichstellung, Integration, Antidiskriminierung und Diversität



Jessica.Kaussen



Jessica.Kaussen@regionsversammlung.de

Dr. Ulrich Wolf

stellvertretender Fraktionsvorsitzender

- Verkehrsausschuss
- Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz
- Ausschuss für Regionalplanung, Naherholung, Metropolregion und Europaangelegenheiten
- Ausschuss für Wirtschaft und Beschäftigung
- Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport
- Ausschuss für Feuerschutz, Rettungswesen und allgemeine Ordnungsangelegenheiten



ulrich.wolf@regionsversammlung.de

V.i.S.d. Presse- und des Telemediengesetzes:

**Jessica Kaußen (parteilos)
Fraktionsvorsitzende**

**Osterstr. 60
30159 Hannover**

E-Mail: jessica.kaussen@regionsversammlung.de



www.bsw-regionsfraktion-hannover.de



@Regionsversammlung



@bsw_regionsversammlunghannover



FraktionBSW@regionsversammlung.de